

Vortrag von Benita Ferrero-Waldner über den europäischen Verfassungsentwurf (Wien, 24. November 2003)

Quelle: Benita Ferrero-Waldner, Europa bekommt eine Verfassung. [ONLINE]. [Wien]: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, [13.05.2005]. Disponible sur

[http://www.bmaa.gv.at/view.php3?f_id=3163&LNG=de&version=.](http://www.bmaa.gv.at/view.php3?f_id=3163&LNG=de&version=)

Urheberrecht: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

URL:

http://www.cvce.eu/obj/vortrag_von_benita_ferrero_waldner_uber_den_europaischen_verfassungsentwurf_wien_24_november_2003-de-395af60d-cb32-4be8-93ce-b0223d29392c.html

Publication date: 05/09/2012

"Europa bekommt eine Verfassung"

Vortrag der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten Dr. Benita Ferrero-Waldner

Zigarrenklub, Wien, am 24. November 2003

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Aphoristiker Kurt Tucholsky sagte einmal: "Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten."

Wir wissen, dass er mit dieser trocken ausgesprochenen Weisheit schon damals recht hatte. In unserer globalisierten und vernetzten Welt von heute gilt dies natürlich noch viel mehr. Dies betrifft fast alle Lebensbereiche und - was wohl nicht überrascht - die Außenpolitik in besonderem Maße.

Diese Erkenntnis alleine nützt uns aber noch nichts. Im Gegensatz zu Tucholsky müssen wir - Politiker, Diplomaten und Wirtschaftstreibende - Konsequenzen daraus ziehen. Und vor allem handeln!

Daher ist es so wichtig, dass Europa - wenn ich das so ausdrücken darf - in eine Verfassung kommt, also eine Verfassung bekommt, die es in die Lage versetzt, die globalen Herausforderungen zu meistern.

Daher freue ich mich, heute mit Ihnen über die Zukunft Europas diskutieren zu können. Zünden Sie sich ruhig Ihre Zigarre an und denken wir gemeinsam nach!

Wie Sie wahrscheinlich wissen: Eigene Erfahrung als Managerin in der Exportwirtschaft für deutsche und amerikanische Unternehmen.

Diese Erfahrungen aus der Wirtschaft sind wichtig. Große Hilfe, wichtige Basis für außenpolitische Entscheidungen.

Denn heute ist ein wichtiger Moment für die österreichische Außenpolitik. Wir stehen nicht vor einer Weggabelung, sondern vor vielen. Wir werden den richtigen Weg beschreiten!

Es geht um Zukunft Europas. Um das Zusammenwachsen unseres Kontinents: EU-Erweiterung per 1. Mai 2004 Und um Österreichs Rolle auf der globalen Ebene.

Lassen Sie mich diese Punkte näher ausführen, um nur einige aus der breiten Palette von Themen herauszugreifen.

Regierungskonferenz

EU-Regierungschefs und Außenminister verhandeln derzeit in Regierungskonferenz Verfassungsvertrag. Politische Zielsetzung: EU klarer zu organisieren, transparenter, demokratischer, bürgernäher, und auch wirtschaftsfreundlicher.

Konventsentwurf zu 95% akzeptiert. Solide Arbeit. Wesentliche österreichische Vorschläge enthalten.

Positiv:

-Räumt auf mit Wildwuchs, Zusammenfassung aller primärrechtlichen Bestimmungen, Zusammenlegung der so genannten 3 Säulen

-Einheitliche Rechtspersönlichkeit (Beitritt zu internationalen Organisationen und Abkommen möglich)

-Grundrechtscharta - Grundrechtsverletzungen einklagbar

-klarere Abgrenzung der Kompetenzen zwischen EU und MS

-Ausweitung der Befugnisse des EP, bessere Einbeziehung der nationalen Parlamente in Rechtssetzungsprozess, insbesondere bei Subsidiaritätskontrolle

-Bürgerinitiativen auf europäischer Ebene möglich; Zugang der Bürger zum Europäischen Gerichtshof erleichtert

-Europäischer Außenminister kommt. Wichtiger Schritt, damit EU in Zukunft mehr mit einer Stimme spricht. Gerade letzte Monate haben vor Augen geführt, wie wichtig das ist. Meine Vision: zunächst europäische VN-SR-Mitglieder vereinheitlichen Abstimmungsverhalten. Letzte Konsequenz: ein Sitz der EU im SR.

Nun zu den 5 % des Konventionsentwurfs, die noch offen sind. Da müssen wir in Regierungskonferenz noch Lücken füllen.

Institutionelle Fragen wichtig, weil davon abhängt, wie die EU in Zukunft zu ihren Entscheidungen gelangt. Niemand darf andere dominieren, niemand darf dominiert werden. Das ist Grundprinzip der europäischen Integration.

Ich komme damit zu dem Thema, das in der öffentlichen Debatte die meiste Aufmerksamkeit bekommt: nämlich zur Kommission: Wie Sie wissen, war die Erfindung der Kommission das Meisterstück der Gründerväter der Europäischen Union: Die Kommission ist das Organ, das die Gesamtheit der nationalen Interessen kennen und davon ausgehend das gesamteuropäische Interesse herausfiltern soll.

Gerade deshalb ist es unserer Ansicht nach so wichtig, dass die Kommission ein Organ aller Mitgliedstaaten ist, dass in der Kommission jeder Mitgliedstaat gleichberechtigt vertreten ist und dass es keine Kommissare erster und zweiter Klasse gibt.

Nun hat der Konvent leider ein anderes Modell vorgeschlagen: Nämlich dass die Kommission nur 15 stimmberechtigte Kommissare hat, während die restlichen Kommissionsmitglieder auf eine Nebenrolle beschränkt werden.

Sie haben wahrscheinlich in den Medien verfolgt, dass Österreich diesen Vorschlag nicht akzeptiert und in dieser Haltung wachsende Unterstützung aus anderen Mitgliedstaaten ähnlicher Größe erhält.

Wenn manche Delegationen meinen, dass man das Konventergebnis lassen sollte, wie es ist, dann stößt das bei vielen Mitgliedstaaten auf Unmut. Viele - insbesondere auch die neuen Mitgliedstaaten - wollen nicht einen Vorschlag beibehalten, dem sie selbst nie zugestimmt haben. Sie befürchten, dass die Kommission in eine Art Sicherheitsrat umfunktioniert werden könnte, in dem die wichtigen Funktionen den großen Mitgliedstaaten vorbehalten bleiben.

Es freut mich zu sagen, dass die bisherige Diskussion zu diesem Thema in unsere Richtung geht. Die Unterstützung für "unser Lager" wächst: Mitgliedstaaten, die bisher bereit waren, mit dem Konventvorschlag zu leben, haben sich mittlerweile eines Besseren besonnen. In dieser Hinsicht hat sich auch die italienische Präsidentschaft in den letzten Tagen bereits wesentlich aufgeschlossener gezeigt, als dies anfänglich der Fall war.

Das liegt wohl auch daran, dass sich die Kommission selbst ein effizientes Funktionieren auch mit 25 und mehr Kommissaren vorstellen kann. Die Zahl der Mitglieder eines Gremiums - sagt sie - sei nicht das einzig ausschlaggebende Kriterium für das Funktionieren. Die Kommission hat daher auch konkrete Vorschläge gemacht, wie man eine große Kommission organisieren könnte. Diese Diskussion bewegt sich also in die richtige Richtung.

Wir stoßen mit unseren Vorschlägen bei kleineren und mittleren Mitgliedsländern (Österreich ist ein

mittelgroßes!) auf viel Zustimmung, durchaus aber auch in einigen größeren. Auch bei der Teampräsidentschaft in den Ratsformationen läuft es in die Richtung, die wir bereits sehr früh in die Diskussion geworfen haben.

Dies ist wichtig, weil es darauf hinauslaufen wird, dass der Europäische Rat in Hinkunft einen auf 2 1/ 2 Jahre gewählten Präsidenten haben wird. Genaue Definition seiner Rolle, nicht im Alleingang, Interessen aller zu berücksichtigen. Übrigens: unsere eigene Präsidentschaft erste Hälfte 2006, an deren Vorbereitung wir schon arbeiten, noch nach bisherigem Muster.

Eine wichtige Grundlage für die Bildung von Fachkoalitionen, wie wir sie in der Regierungskonferenz mit den sogenannten "like-minded" herstellen, stellte übrigens die Regionale Partnerschaft dar, die ich mit unseren Nachbarn ins Leben gerufen habe. Das hat sich in unserem Interesse, aber auch im Interesse der gesamteuropäischen Willensbildung, als sehr nützlich erwiesen.

Die Zukunftsdebatte in Europa ist einer jener zentralen Bereiche, wo die österreichische Außenpolitik gehört wird, wo man die gegenüber 2000 geänderte Atmosphäre spürt, dass es positiv läuft, dass unsere Vorschläge ernst genommen und nicht selten auch umgesetzt werden, wo wir - wenn man so will - "leadership" übernehmen.

Ich erwähne das, weil mich Abg. Dr. Cap kürzlich im Parlament gefragt hat, wo die österreichische Außenpolitik bleibe. Hier ist sie: beim Ausbau der Zukunft Europas! Aktiv, vertrauensbildend, verlässlich, vorausschauend, die österreichischen Interessen verteidigend.

[...]